



---

**56. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen**

**Gremium:**

**Ausschuss für Finanzen**

**Sitzungstermin:**

**Mittwoch, 19.03.2014, 17:30 Uhr**

**Ort, Raum:**

**R. 280 a, Stadthaus**

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- |     |  |   |
|-----|--|---|
| 1   | Eröffnung der Sitzung  |   |
| 2   | Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.02.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung |   |
| 3   | Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam   | Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen                                       |
| 4   | Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung  |   |
| 4.1 | Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und Golm<br><b>12/SVV/0664</b>  | Fraktion SPD  |
| 4.2 | Ortspläne an Ortsteileingängen<br><b>13/SVV/0653</b>   | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  |
| 4.3 | Straßenausbaubeitragssatzung überarbeiten<br><b>14/SVV/0035</b>  | Fraktion SPD  |
| 4.4 | Zeitplan Haushalt 2015/2016<br><br><b>14/SVV/0196</b>  | Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen |
| 4.5 | Wirtschaftspläne 2014 der Unternehmen, an denen die LHP mit mehr als 50 % beteiligt ist<br><b>14/SVV/0154</b>  | Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen                                       |

## Nichtöffentlicher Teil

- |   |   |  |
|---|---|--|
| 5 | Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung  |  |
| 6 | Mietvertragsabschluss Behlertstraße<br>(überplanmäßiger Aufwand/überplanmäßige<br>Auszahlung)<br><b>14/SVV/0184</b> | Oberbürgermeister, Fachbereich<br>Verwaltungsmanagement /<br>Kommunaler Immobilien Service |
| 7 | Grundstück für das Naturkundemuseum Potsdam<br><b>14/SVV/0099</b>   | Fraktion DIE LINKE   |



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**12/SVV/0664**

öffentlich

### Betreff:

Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und Golm

**Einreicher:** Fraktion SPD

Erstellungsdatum 05.10.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

10.10.2012 Hauptausschuss

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:** Der Hauptausschuss möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der EonEdis kurzfristig Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen,
  - Möglichkeiten zu erörtern, im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages die Verlegung der 110 kV-Leitung aus den Ortslagen Marquardt und Golm heraus zu regeln;
  - etwaige Mehrkosten für eine alternative Trassierung der 110 kV-Leitung gegenüber einem Ersatzneubau im bisherigen Trassenkorridor zu konkretisieren und
  - eine Kostenbeteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an etwaigen Mehrkosten zu verhandeln, soweit eine Kostenbeteiligung Voraussetzung und Folge des angestrebten städtebaulichen Vertrages sein sollte, und soweit eine anderweitige Umlage etwaiger Mehrkosten rechtlich und tatsächlich nicht möglich ist.
2. Vor einer endgültigen Entscheidung sollen Alternative Trassen, insbesondere im Hinblick auf deren kostenmäßigen Auswirkungen, sachverständig untersucht werden. Die Trassierungsalternativen sind mit den örtlichen Bürgerinitiativen im Vorfeld einer möglichen Befassung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.
3. Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im November ein Sachstandsbericht zu erstatten, sollte der Hauptausschuss diesen Auftrag an den Oberbürgermeister erteilen.

gez. M. Schubert

Fraktionsvorsitzender

Ergebnisse der Vorberatungen

auf der Rückseite

### Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Ziel des Antrages ist eine zeitnahe Aufnahme von Gesprächen und eine kurzfristige Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung im November. Im Sinne einer zügigen Evaluierung ob Mittels eines städtebaulichen Vertrages die Möglichkeit besteht dem Ansinnen der Bürgerinnen und Bürger in Golm und Marquardt Rechnung zu tragen, sollte der Hauptausschuss diesen Auftrag an den Oberbürgermeister erteilen.



## Situation Investitionshaushalt der Landeshauptstadt Potsdam

*Ausschuss für Finanzen*

19.03.2014

19.03.2014

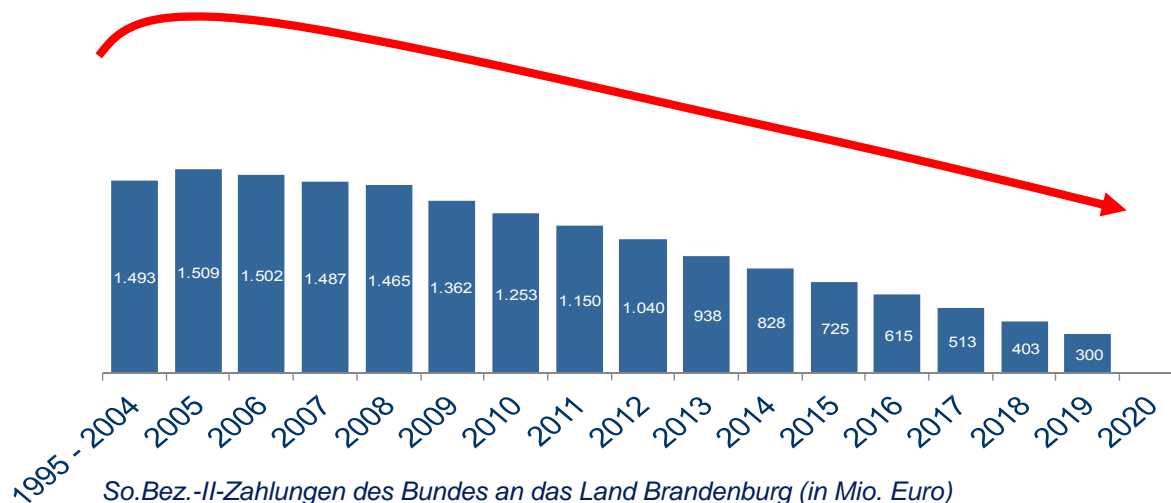
Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen

## Entwicklung der investiven Schlüsselzuweisungen (in Mio. EUR)



### Sinkende investive Schlüsselzuweisungen des Landes

→ durch Auslaufen „Solidarpakt II“ in 2019

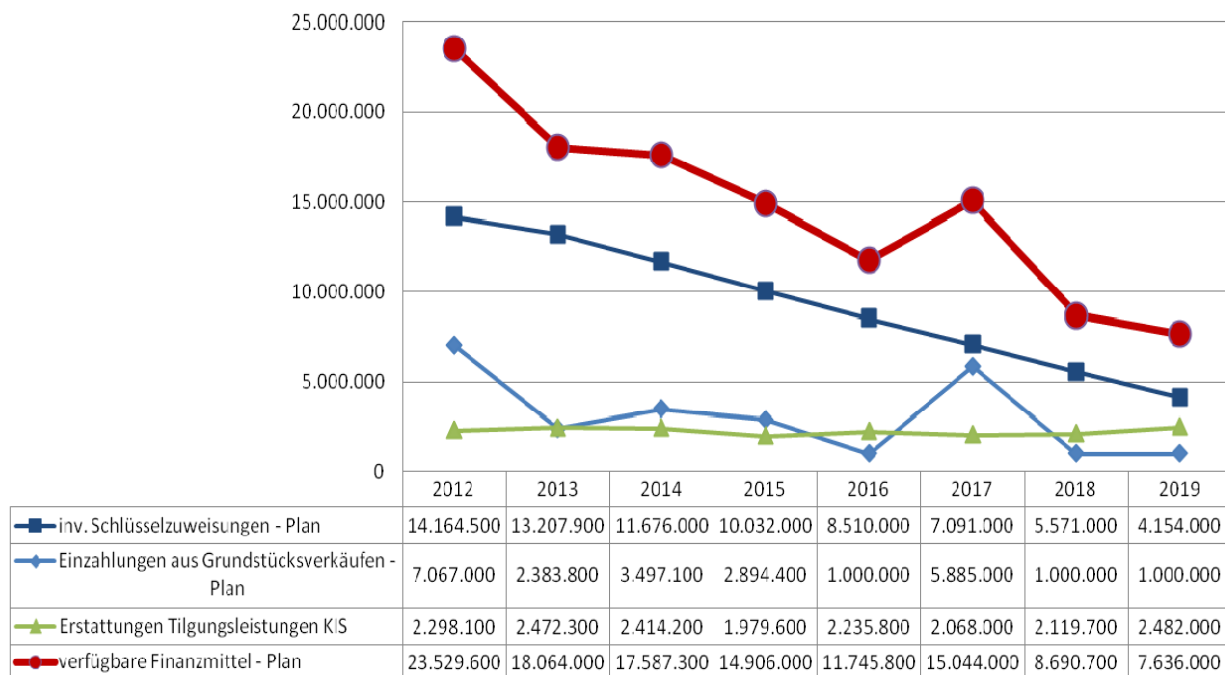


# Investitionsprogramm 2015 – 2019

## Verfügbare Finanzierungsmittel (in EUR)



Landeshauptstadt  
Potsdam



# Investitionsprogramm 2015 – 2017

## Planungsstand Gesamt



Landeshauptstadt  
Potsdam

	2015	2016	2017	Gesamt
Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen	2.894.400	1.000.000	5.885.000	9.779.400
Investive Schlüsselzuweisungen	10.032.000	8.510.000	7.091.000	25.633.000
Erstattungen Tilgungsleistungen von KIS	1.979.600	2.235.800	2.068.000	6.283.400
<b>Zwischensumme</b>	<b>14.906.000</b>	<b>11.745.800</b>	<b>15.044.000</b>	<b>41.695.800</b>
kumulativ =		41.695.800		41.695.800
<b>Mittelfristplanung 2015 – 2017</b>	<b>15.108.200</b>	<b>11.828.200</b>	<b>15.035.000</b>	<b>41.971.400</b>
<b>Differenz =</b>	<b>-202.200</b>	<b>-82.400</b>	<b>9.000</b>	<b>-275.600</b>
<b>kumulativ</b>		<b>-275.600</b>		<b>-275.600</b>

# Wirtschaftsplan Eigenbetrieb KIS 2013

(in Mio. EUR)



Landeshauptstadt  
Potsdam

## Investitions- und Finanzierungsstruktur – Kreditfinanzierung 71 %

Investitionsstruktur	Gesamt	2013	2014	2015	2016
Schulen	69.813.600	21.303.600	23.700.000	14.984.900	9.825.100
Kitas und Hort	9.600.000	2.800.000	2.950.000	2.250.000	1.600.000
Kultur	545.200	545.200			
Jugend	370.000	100.000	270.000		
Sport	150.000	150.000			
Verwaltungsgebäude	6.126.100	5.826.100	100.000	100.000	100.000
Feuerwehr	800.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Betriebs- und Geschäftsausstattung KIS	880.000	580.000	100.000	100.000	100.000
<b>Gesamt</b>	<b>88.284.900</b>	<b>31.504.900</b>	<b>27.320.000</b>	<b>17.634.900</b>	<b>11.825.100</b>

Finanzierungsstruktur	Gesamt	2013	2014	2015	2016
Zuschüsse der HP	23.508.800	8.598.800	6.420.000	4.974.900	3.515.100
Kreditfinanzierung KIS	62.696.100	22.026.100	20.500.000	12.260.000	7.910.000
Sonstige Eigenmittel KIS (u.a. Grundstücksverkäufe)	2.080.000	880.000	400.000	400.000	400.000
<b>Gesamt</b>	<b>88.284.900</b>	<b>31.504.900</b>	<b>27.320.000</b>	<b>17.634.900</b>	<b>11.825.100</b>

## Investitionsprogramm 2015 – 2019 Hinweise der Kommunalaufsicht



Landeshauptstadt  
Potsdam

- Erlass zur 1. Nachtragssatzung 2013/2014
- Genehmigung zum Wirtschaftsplan KIS 2013

*„Begonnene Investitionsmaßnahmen sind dahingehend zu untersuchen, ob durch zeitliche Streckung Einsparungen möglich sind. Noch nicht begonnene Maßnahmen sind zurück zu stellen, es sei denn, dass ihre Durchführung auf einer Rechtspflicht beruht.“*

### Prüfungskriterien für Investitionsmaßnahmen

- Unabweisbarkeit (gesetzlich vorgeschrieben oder vertraglich gebunden)
- Möglichkeit der zeitlichen Streckung/Verschiebung

# Ziel für die Haushaltsaufstellung 2015/2016

---



## Investitionsorientierter Haushalt = Wachstumsorientierter Haushalt

### Prämissen:

- Dauernde Leistungsfähigkeit wieder herstellen und im Plan darstellen
- Haushaltsausgleich in 2017 darstellen
- Überschuss im EHH ermöglicht Investitionen
- Investitionsvolumen abhängig vom Überschuss im Ergebnishaushalt
- Verbesserte Voraussetzungen für Genehmigungsverfahren schaffen





Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**13/SVV/0653**

öffentlich

### Betreff:

Ortspläne an Ortsteileingängen

**Einreicher:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 17.10.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an den Eingängen der Ortsteile Ortsteilpläne aufstellen zu lassen, die einen Überblick über die Straßen geben.

gez. Saskia Hüneke  
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

### Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

einstimmig  mit Stimmenmehrheit  Ja  Nein  Enthaltung

erledigt  abgelehnt

zurückgestellt  zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Für Ortsunkundige ist es vielfach schwierig in den Ortsteilen, mit ihrem dörflichen Charakter, Straßen zu finden. Ein Übersichtsplan an den Ortseingängen kann hier Orientierung bieten.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

13/SVV/0653

 öffentlich

**Einreicher:** Stadtverordneter Menzel (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

**Betreff:** Ortspläne an Ortsteileingängen

Erstellungsdatum 30.01.2014

Eingang 902:

Beratungsfolge:	Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung		
Gremium		X

**~~Änderungs-~~Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Auf den Plänen sind Behindertengerechte WC's, Sportplätze, Badestelle, Schulen, Kitas, Erste Hilfe, Polizeiposten und Feuerwehren etc. barrierefrei kenntlich zu machen.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0035**

öffentlich

### Betreff:

Straßenausbaubeitragssatzung überarbeiten

**Einreicher:** Fraktion SPD

Erstellungsdatum 13.01.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

29.01.2014

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Zuständigkeit

Entscheidung

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam (Straßenausbaubeitragssatzung) zu überarbeiten.

Diese Beiträge werden dafür erhoben, dass den Beitragspflichtigen durch diese Baumaßnahmen wirtschaftliche Vorteile entstehen.

Die überarbeitete Satzung soll insbesondere berücksichtigen, dass Straßen und Radwege entlang von landwirtschaftlich genutzten Grundstücken nicht oder nur im geringen Umfang den wirtschaftlichen Vorteil von der Inanspruchnahme dieser Einrichtungen und Anlagen haben, wie er in §1 Beitragstatbestand der Satzung als Grundlage für die Erhebung der Beiträge benannt ist.

gez. M.Schubert  
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

### Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

einstimmig  mit Stimmenmehrheit  Ja  Nein  Enthaltung

erledigt  abgelehnt

zurückgestellt  zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Es kann nicht im Sinne einer Entwicklung des ländlichen Raums der LHP sein, wenn durch Straßenausbau- und Sanierungsmaßnahmen die wirtschaftliche Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe gefährdet wird. Der wirtschaftliche Vorteil eines neuen Radweges oder einer sanierten Straße entlang eines landwirtschaftlich genutzten Grundstückes welches nicht bebaut werden darf, findet in der derzeitigen Satzung nur ungenügende Berücksichtigung.



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0196**

**Betreff:**  
**Zeitplan Haushalt 2015/2016**

öffentlich

**bezüglich**  
**DS Nr.: 14/SVV/0038**

Erstellungsdatum 21.02.2014

Eingang 922: 21.02.2014

Einreicher: FB Finanzen und Berichtswesen

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

05.03.2014 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

### Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist eine prosperierende und wachsende Stadt. Die Bevölkerungsprognose der LHP geht davon aus, dass im Jahr 2030 voraussichtlich mehr als 178.000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt leben werden. Der Zuwachs von Kindern und Jugendlichen wird dabei besonders stark sein. Es werden erhebliche Investitionen in den Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur erforderlich sein. Die aktuellen Entwürfe der Schulentwicklungsplanung bzw. des Verkehrsentwicklungskonzeptes spiegeln diese Entwicklung bereits deutlich wieder und machen die enormen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt deutlich.

Die LHP beabsichtigt – beginnend ab 2014 - einen Strategischen Steuerungsprozess zu implementieren, um sich auf die Herausforderungen dieser Entwicklung einzustellen. Der diesbezügliche Beschluss zur Integration des Strategischen Steuerungsprozesses und Leitbildentwicklung wurde in die Stadtverordnetenversammlung am 05.12.2013 unter der DS 13/SVV/0660 gefasst.

Das Haushaltsaufstellungsverfahren 2015/2016 wird bereits erste strategische Ansätze enthalten, um den Planungsprozess entsprechend ausrichten zu können. So werden u.a. die für den Haushalt 2013/2014 formulierten Handlungsschwerpunkte (DS 12/SVV/0732) im Rahmen der Planung 2015/2016 zu qualifizieren und fortzuschreiben sein. Zu Beginn des Planungsprozesses 2015/2016 wird die Verwaltungsspitze wichtige Grundsatzentscheidungen erörtern und somit Vorgaben für die weitere Planung der Geschäfts- und Fachbereiche entwickeln. Die Meilensteine des Haushaltsaufstellungsverfahrens und des Bürgerhaushaltsverfahrens sind der beigefügten Anlage 1 zu entnehmen. Die gültige mittelfristige Planung 2015 bis 2017 (Anlage 2) wird derzeit unter den gegebenen Rahmenbedingungen verifiziert. Die allgemeinen Finanzierungsmittel werden dabei sorgfältig geschätzt, da die notwendigen Orientierungsdaten vom Land noch nicht vorliegen.

Auf Basis dieser Entscheidungen kann der Stadtverordnetenversammlung im April 2014 ein Bericht zu den finanziellen Rahmenbedingungen für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 sowie für die mittelfristige Planung bis 2019 vorgelegt werden. Über wesentliche Zwischenstationen des Haushaltsaufstellungsverfahrens wird im Hauptausschuss bzw. Ausschuss für Finanzen berichtet.



## Anlage 2: Mittelfristige Finanzplanung



## Terminplanung zur Aufstellung des Doppelhaushaltes 2015/2016

Termin	Meilenstein	
Januar 2014	<b>Evaluation der Rahmenbedingungen / Verifizierung Mifi</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ allgemeine Mittelverfügbarkeit</li> <li>▪ Vorüberlegungen zu Investitionsschwerpunkten</li> <li>▪ Vorüberlegungen zum Ergebnishaushalt (wesentliche Änderungen / Prämissenprüfung)</li> <li>▪ Vorüberlegungen zum Stellenplan</li> <li>▪ Vorüberlegungen zu den Handlungsschwerpunkten</li> <li>▪ Vorüberlegungen zu strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen</li> </ul>	Grobplanung
Februar 2014	<b>Grundsatzesrörterungen / Vorgaben / strategische Ansätze</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Handlungsschwerpunkte</li> <li>▪ Rahmen für Stellenplan (Basis: gültiger Stellenplan)</li> <li>▪ Handlungsrahmen Ergebnishaushalt: Budgetrahmen für die GB</li> <li>▪ Budgetierung der freiwilligen Aufgaben für die GB</li> <li>▪ Gesamtkonsolidierungsvolumen und Verteilung auf GB</li> <li>▪ Entscheidungen zum Finanzhaushalt -&gt; Investitionsorientierung</li> <li>▪ Eckwerte für Investitionsplanung (Basis: gültiges Investitionsprogramm) und Erörterung von Investitionsschwerpunkte</li> <li>▪ Vereinbarung eines Verhaltenskodex für das Haushaltsaufstellungsverfahren</li> </ul>	
März 2014	<b>Haushaltsklausuren in den GB</b>	Feinplanung
Mai 2014	<b>Zwischenentscheidungen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ zum Investitionsprogramm</li> <li>▪ zum Stellenplan</li> <li>▪ zu strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen</li> </ul>	
Juni/Juli 2014	<b>Feinplanung der GB und FB</b>	
September 2014	<b>Haushaltsgespräche mit Kämmerer</b>	
Oktober / November 2014	Abschließende Erörterung zum Entwurf des Doppelhaushaltes und zur strukturellen Konsolidierung und Entscheidung über die Einbringung in die SVV	
Dezember 2014*	<b>Einbringung in die SVV</b>	
	<b>Erörterung, Diskussion und Beschlussfassung in der SVV</b>	

\* unter der Voraussetzung, dass alle Rahmenbedingungen eingehalten werden konnten

**Nachrichtlich: Zeitplanung Bürgerhaushalt 2015/2016****Frühjahr 2014**

Bildung Projektteam Bürgerhaushalt 2015/16

inhaltliche Vorbereitung und Detailplanung Bürgerhaushalt 2015/16

**Juni - Juli 2014**

Information und Auftakt der Vorschlagssammlung

Bürgerversammlungen und Priorisierung / Vorauswahl der Vorschläge

**August - September 2014**

Redaktionsteamarbeit

Einschätzung LHP zu Vorschlägen der „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“

Vorbereitung Votierungsphase

**September 2014 - November 2014**

Votierung (auf Postweg und Online)

Abschlussveranstaltung

**Dezember 2014**

Übergabe der „TOP 20 – Liste der Bürgerinnen und Bürger“ an SVV

## Mittelfristige Finanzplanung (Bestandteil des Doppelhaushaltes 2013/2014)

		in EUR		
Ertrags- und Aufwandsarten		2015	2016	2017
1	Steuern und ähnliche Abgaben	157.853.100	161.453.100	165.453.100
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	201.669.500	203.904.600	204.438.800
3	+ Sonstige Transfererträge	4.401.500	4.401.500	4.401.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	95.776.300	95.931.600	96.161.200
5+6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und	53.418.900	54.908.800	56.366.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	19.153.600	19.201.200	19.249.400
8+9	+/- Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
<b>10</b>	<b>= Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>532.272.900</b>	<b>539.800.800</b>	<b>546.070.700</b>
11	- Personalaufwendungen	106.297.200	108.189.700	110.588.400
12	- Versorgungsaufwendungen	1.656.900	2.202.500	2.652.800
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	63.528.500	64.823.300	66.042.200
14	- Abschreibungen	29.866.500	27.614.400	27.497.700
15	- Transferaufwendungen	195.843.000	198.325.200	200.940.700
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	145.642.800	146.039.200	146.680.000
<b>17</b>	<b>= Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>542.834.900</b>	<b>547.194.300</b>	<b>554.401.800</b>
<b>18</b>	<b>= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 10. -17.)</b>	<b>-10.562.000</b>	<b>-7.393.500</b>	<b>-8.331.100</b>
19	+ Zinsen und sonstige Finanzerträge	4.563.000	4.563.000	4.563.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.469.900	4.361.400	4.251.100
<b>21</b>	<b>= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)</b>	<b>93.100</b>	<b>201.600</b>	<b>311.900</b>
<b>22</b>	<b>ordentliches Jahresergebnis (= 18. +21.)</b>	<b>-10.468.900</b>	<b>-7.191.900</b>	<b>-8.019.200</b>
23	+ Außerordentliche Erträge	2.894.400	1.085.700	5.885.000
24	- Außerordentliche Aufwendungen	2.894.400	1.085.700	5.885.000
<b>25</b>	<b>= Außerordentliches Jahresergebnis (= Zeilen 23 und 24)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>26</b>	<b>= Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag (= 22. + 25.)</b>	<b>-10.468.900</b>	<b>-7.191.900</b>	<b>-8.019.200</b>



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0154**

**Betreff:** öffentlich  
**Wirtschaftspläne 2014 der Unternehmen, an denen die LHP mit mehr als 50 % beteiligt ist**

**bezüglich  
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 13.02.2014

Eingang 922: 14.02.2014

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

05.03.2014 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

### Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Wurde eine Haushaltssatzung für zwei Jahre beschlossen, sind gemäß § 11 Abs. 3 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) Wirtschaftspläne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die LHP mit mehr als 50 % beteiligt ist, zu Beginn des zweiten Haushaltsjahres der Gemeindevertretung und der Kommunalaufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Wirtschaftspläne 2014 folgender Unternehmen sind dieser Vorlage beigelegt:

- Hans Otto Theater GmbH
- Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH Potsdam
- KUBUS gGmbH
- Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam gGmbH
- ProPotsdam GmbH
- Stadtwerke Potsdam GmbH
- Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH

Die LHP hat für die Haushaltsjahre 2013 / 2014 erstmals einen Doppelhaushalt aufgestellt. Mit Aufstellung des Haushaltes wurden gleichzeitig die Wirtschaftspläne 2013 als Anlage erstellt und ausgereicht.

Da für 2014 kein separates Haushaltsaufstellungsverfahren durchgeführt wird, werden die Wirtschaftspläne 2014 der SVV in Form einer Mitteilungsvorlage zur Kenntnis gegeben.



**Anlagen:**

Wirtschaftsplan Hans Otto Theater GmbH

Wirtschaftsplan Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH Potsdam

Wirtschaftsplan Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gemeinnützige GmbH (KUBUS)

Wirtschaftsplan Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam gGmbH

Wirtschaftsplan ProPotsdam GmbH

Wirtschaftsplan Stadtwerke Potsdam GmbH

Wirtschaftsplan Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH

**Wirtschaftsplan 2014 - Erfolgsplan**

	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus Theaterbetrieb		<b>1.252.500,00 €</b>	- €
2. Erträge aus Zuwendungen		<b>10.910.080,00 €</b>	- <b>157.880,00 €</b>
3. Sonstige betriebliche Erträge		<b>177.000,00 €</b>	- €
4. Aufwendungen für Inszenierungen			
a) Aufwendungen für Hilfs-und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	419.000,00 €	-	21.000,00 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.370.500,00 €	-	56.000,00 €
		<b>1.789.500,00 €</b>	
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.567.371,74 €	-	5.000,00 €
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	1.622.380,00 €		- €
		<b>8.189.751,74 €</b>	
6. Aufwendungen für Ersatzbeschaffungen der immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		<b>88.583,85 €</b>	- <b>21.880,00 €</b>
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		<b>2.263.744,41 €</b>	- <b>54.000,00 €</b>
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		<b>8.000,00 €</b>	- €
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<b>16.000,00 €</b>	
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<b>12.500,00 €</b>	- €
11. Sonstige Steuern		<b>3.500,00 €</b>	- €
12. Jahresergebnis	-	<b>0,00 €</b>	

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	Ist-Jahr 2012	Planjahr 2014
	T€	T€
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	148.551	158.636
2. Erlöse aus Wahlleistungen	961	735
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	11.128	11.424
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	3.311	3.031
5. Erhöhung (+) oder Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen	-1.390	4
6. sonstige betriebliche Erträge	17.364	14.046
<b>Gesamtleistung</b>	<b>179.925</b>	<b>187.876</b>
7. Personalaufwand	-91.540	-94.504
8. Materialaufwand	-44.782	-47.568
<b>Rohergebnis</b>	<b>43.603</b>	<b>45.805</b>
9. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	2.635	4.800
10. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten	535	526
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	6.004	4.859
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-2.812	-4.800
<b>Ergebnis aus Investitionsförderung</b>	<b>6.362</b>	<b>5.384</b>
13. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9.013	-9.082
14. sonstige betriebliche Aufwendungen	-35.416	-36.903
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>5.536</b>	<b>5.204</b>
<b>EBITDA</b>	<b>8.187</b>	<b>8.902</b>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-431</b>	<b>-108</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>5.105</b>	<b>5.096</b>
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-154</b>	<b>-</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>4.951</b>	<b>5.096</b>
15. Steuern	-387	-100
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>4.564</b>	<b>4.996</b>



<b>Wirtschaftsplan 2014</b>	<b>Ist 2012</b>	<b>Plan 2013</b>	<b>Hochrechnung 2013</b>	<b>Plan 2014</b>
<b>Ausgaben</b>				
Personalkosten	604.047,44	573.300,00	557.177,00	608.817,00
Bewirtschaftungskosten	189.031,40	139.748,00	161.460,00	160.440,00
Mietkosten	228.578,52	228.578,52	228.578,52	228.578,52
Reinigungskosten	11.768,83	38.200,00	37.960,00	39.460,00
Sonstige Raumkosten, Objektschutz	1.995,12	2.300,00	1.744,00	1.660,00
Versicherungen und Beiträge	4.843,08	5.584,29	5.965,00	5.500,00
pädagogische / veranstaltungsgebundene Sachkosten (Besondere Kosten)	104.645,84	78.522,00	53.062,47	60.000,00
Honorare und Aufwandsentschädigungen	75.225,87	149.521,67	181.166,40	166.165,00
Material - / Wareneinkauf (Lebensmittel und Getränke)	1.578,08	2.899,31	6.449,81	6.600,00
Werbe-/Reisekosten	6.745,78	10.804,29	25.733,05	18.100,00
Reparaturen- und Instandhaltungskosten	985,77	19.100,00	2.750,00	4.300,00
sonstige Kosten (Verwaltungskosten)	49.100,50	69.240,00	59.592,36	56.850,00
Kfz-Kosten	191,32	0,00	0,00	2.000,00
Ausstattung und 1240 Abschreibungen	20.102,87	12.528,57	27.402,00	12.300,00
Rückzahlung nicht verbrauchter Zuwendungen	7.082,03	0,00	0,00	0,00
sonst. neutr. Aufwendungen (Spenden)	50,00	0,00	0,00	0,00
<b>Summe Kosten</b>	<b>1.305.972,45</b>	<b>1.330.326,65</b>	<b>1.349.040,61</b>	<b>1.370.770,52</b>

**Einnahmen**

Umsatzerlöse (TN-Beiträge, kurzfristige Vermietungen, Getränkeverkauf)	112.638,10	101.499,01	115.529,14	123.412,48
Eintrittsgelder	31.064,00	26.300,00	32.951,00	35.750,00
sonstige betriebl. Erlöse (langfristige Raumnutzungen, Verleih)	72.142,43	63.252,00	64.350,00	71.316,50
Zinsertrag	1.979,13	650,00	1.000,00	1.000,00
Sonstiger neutraler Ertrag (Zuwendungen LHP und andere)	1.099.309,37	1.130.425,64	1.129.334,49	1.130.628,54
Spenden	12.368,40	8.200,00	6.993,34	8.663,00
Auflösung Rückstellungen, ATZ Erstattung öffentliche Leben	24.700,52	0,00	0,00	0,00
<b>Summe Erträge</b>	<b>1.354.201,95</b>	<b>1.330.326,65</b>	<b>1.350.157,97</b>	<b>1.370.770,52</b>

<b>Differenz</b>	<b>48.229,50</b>	<b>0,00</b>	<b>1.117,36</b>	<b>0,00</b>
------------------	------------------	-------------	-----------------	-------------

Wirtschaftsplan 2014

letzter Stand:  
28.10.13**Erlöse**

Titel	Ist	Ist	Plan	Plan	Ist	Ist	Plan	Plan	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt
	MPS 2011	MPS 2012	MPS 2013	MPS 2014	Niko 2011	Niko 2012	Niko 2013	Niko 2014	Ist 2011	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
1.1. Eintrittsgelder	285.579	338.476	277.000	277.000	429.092	415.627	344.760	344.760	714.671	754.103	621.760	621.760
1.1.1. Sonder-VA / Montezuma FW 300		19.743								19.743		
1.2. Umlage SPSG	-8.610	-7.668	-10.000	-9.000					-8.610	-7.668	-10.000	-9.000
1.3. Fremdleistungen												
a) direkte Fremdleistungen		-35.328				-1.834				-37.162		
b) VIP Entgelte Tickets						-3.749	-5.000	-5.000	0	-3.749	-5.000	-5.000
1.4. Kooperations-VA					-5.033	-3.634			-5.033	-3.634		
1.5. Einnahmen Ticketgalerie/Tonträger						27.853		25.000		27.853		25.000
2. Übertragungsrechte	9.000	7.800	8.000	8.000					9.000	7.800	8.000	8.000
3. Druckerzeugnisse	8.266	6.405	7.000	6.000	6.286	5.771	7.000	6.000	14.551	12.175	14.000	12.000
4. Einnahmen aus Vermietung										0		
von VA-Räumen einschl.Hauptnutzer					164.337	204.058	160.000	160.000	164.337	204.058	160.000	160.000
5. Einnahmen aus Bereitstellg. Abendpers.					144.154	167.912	130.000	130.000	144.154	167.912	130.000	130.000
6. Einnahmen aus sonst. Leistg. (Technik, Reinigung, Stimmung etc.)					49.440	58.584	40.000	45.000	49.440	58.584	40.000	45.000
7. Einnahmen aus Garderobengebühren	379	445			7.130	6.249	6.000	6.000	7.509	6.694	6.000	6.000
8. Einnahmen aus Betriebskostenumlage										0		
8a) Büro Hausorchester					1.835	1.835	1.830	1.830	1.835	1.835	1.830	1.830
8b) Büro Chöre					1.086	1.086	1.100	1.100	1.086	1.086	1.100	1.100
8c) Probenräume Hausorchester+Chöre					14.903	15.123	17.500	15.000	14.903	15.123	17.500	15.000
8d) Miete+BK Büro Landesmusikrat					4.741	4.741	6.000	0	4.741	4.741	6.000	0
9. Einnahm. aus Verpachtg. Catering					17.800	19.610	21.000	23.000	17.800	19.610	21.000	23.000
10. Einnahmen aus Verkaufsprovision					63.209	60.450	40.000	45.000	63.209	60.450	40.000	45.000
11a. Vermischte Einnahmen (CTS, Porti, Zinsen, Sonstiges)	4.195	60	2.000	2.000	27.639	42.391	25.000	25.000	31.834	42.451	27.000	27.000
11b. Kostenerstattungen					1.300	16.573	3.000	15.000	1.300	16.573	3.000	15.000
12a. Einnahmen aus Kooperationsverträgen	60.095	55.245	30.000	30.000	12.895	16.177	10.000	10.000	72.990	71.422	40.000	40.000
12b. Anteil KIS Hausmeister					17.000	17.000	18.088	18.071	17.000	17.000	18.088	18.071
13. Zuwendg. Stadt Potsdam	364.600	364.600	445.600	445.600	1.244.190	1.202.190	1.374.190	1.492.190	1.608.790	1.566.790	1.819.790	1.937.790
13 a) abzüglich Umsatzsteuer-Rückzahlung					-14.709	-15.439	-17.000		-14.709	-15.439	-17.000	0
15. Mittel FAG, 2011 Hauptstadtmittel	100.000	100.000	100.000	100.000	265.000	310.000	310.000	310.000	365.000	410.000	410.000	410.000
16) Zuwendung Land Brandenburg	250.000	250.000	250.000	250.000					250.000	250.000	250.000	250.000
17) Rücklagen aus der gGmbH										0		
Sonderzuwendung (Montezuma + Ohrphone)		80.000				27.087				107.087		
Rückstellungen, ATZ, LASA, Urlaub					-49.662				-49.662	0		
<b>Erlöse Gesamt</b>	<b>1.073.503</b>	<b>1.179.777</b>	<b>1.109.600</b>	<b>1.109.600</b>	<b>1.973.541</b>	<b>2.595.661</b>	<b>2.493.468</b>	<b>2.667.951</b>	<b>3.476.136</b>	<b>3.775.438</b>	<b>3.603.068</b>	<b>3.777.551</b>

Übersicht Erlöse								Gesamt	Gesamt		
								Plan 2013	Plan 2014		
Kartenerlöse								606.760	607.760		
Übertragung und Druckerzeugnisse								22.000	20.000		
Vermietung und Durchführung								336.000	341.000		
Büromieten und Betriebskosten Hausnutzer								26.430	17.930		
Catering								21.000	23.000		
Vorverkaufsgebühren und sonstige Erträge								70.000	112.000		
Kooperationen + Hausmeister KIS								58.088	58.071		
Zuwendungen								2.462.790	2.597.790		
								3.603.068	3.777.551		
Übersicht Aufwand								Gesamt	Gesamt		
								Ist 2011	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
1.Personalaufwand								755.060	824.979	880.000	936.200
2.Geschäftsräume											
2.1. Miete Nikolaisaal								377.410	377.410	377.410	377.410
2.2. Betriebskosten								248.586	236.336	270.128	277.681
3.Sächl. Verwaltungskosten								152.808	205.067	156.700	166.060
4.Zweckausgaben								1.619.127	1.742.641	1.633.830	1.715.200
5. Werbe- und Druckkosten MPS und Nikolaisaal								314.056	347.434	285.000	285.000
6. Abführung Umsatzsteuer für den gewerblichen Geschäftsbetrieb											20.000
								3.467.048	3.733.867	3.603.068	3.777.551
ABSCHLUSS											
Einnahmen								3.476.136	3.775.438	3.603.068	3.777.551
Ausgaben								3.467.048	3.733.867	3.603.068	3.777.551
								9.088	41.571	0	0

**1. Personalaufwand**

							Gesamt Ist 2011	Gesamt Ist 2012	Gesamt Plan 2013	Gesamt Plan 2014	
<b>Titel</b>											
Vergütg. der planmäßigen Angestellten (siehe Stellenplan)							755.060	824.979	880.000	936.200	

**2. Aufwendg. für Gebäude**

							Gesamt Ist 2011	Gesamt Ist 2012	Gesamt Plan 2013	Gesamt Plan 2014	
<b>Titel</b>											
2.1. Miete Geschäftsräume											
2.1.1. Kaltmiete Nikolaisaal							377.410	377.410	377.410	377.410	
2.2. Betriebskosten Nikolaisaal/Vorderhaus											
Strom/Wasser							94.551	92.505	98.670	103.604	
Heizung/Wärme							31.556	31.629	37.100	37.100	
sonst. Betriebskosten							10.401	10.387	11.000	11.000	
2.3. Kleinrep./Verbrauchsmat.							20.549	17.728	20.100	20.100	
2.4. Wartung EDV							22.831	17.019	22.000	24.200	
2.5. Sicherheitsprüfungen							2.372	1.935	7.700	5.970	
<i>Kosten laut Prüfturnus</i>											
2.6. Wartung Musikinstrumente							5.864	4.403	7.800	7.800	
2.7. Reinigungskosten							44.525	47.952	47.758	49.907	
<i>Bei der Reinigung muss mit ständigen Tarifsteigerungen gerechnet werden bis der Lohn Brandenburgs sich dem Berlins angepasst hat</i>											
2.8. Miete Lager Stühle u. Bühnendeko							7.942	7.316	12.000	12.000	
<i>Neues Stuhllager seit 2013</i>											
2.9. Miete zus. VA-Räume							7.994	5.460	6.000	6.000	
							<b>625.996</b>	<b>613.746</b>	<b>647.538</b>	<b>655.091</b>	

3. Sächliche Verwaltungskosten								Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt
Titel								Ist 2011	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
3.1. Ausstattg.+ Rep.kosten							13.281	11.655	15.000	15.000	
3.2. Bürobedarf							14.760	14.514	15.000	15.000	
3.3. Post-u. Fernsprechgebühren							25.278	21.679	26.000	26.000	
3.4. Dienstreisekosten							7.561	5.177	8.000	8.000	
3.5. Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten											
	Prüfungskosten						23.908	21.598	22.500	20.000	
	Rechtsberatg.						7.069	6.699	7.000	7.000	
	Buchführung/Lohnbuchhaltung						22.055	22.430	23.700	23.700	
3.6. Kosten Weiterbildung/Lehrg.							1.413	1.994	3.000	2.260	
3.7. Repräsentationskosten der Gesellschaft							4.238	4.346	2.200	2.200	
3.8. sonst. Verwaltungskosten							13.567	15.686	15.800	15.900	
3.9. Verwaltungsberufsgenoss.							2.168	2.304	2.000	2.500	
3.10.Versicherung							12.498	11.088	13.500	13.500	
<i>abhängig von Equipment und Besucherzahlen</i>											
3.11. Kostenerstattungen							518	16.430	3.000	15.000	
periodenfremde/sonst.Aufwand							4.495	2.007			
Anschaffung Ohrphone 2012								47.459			
							<b>152.808</b>	<b>205.067</b>	<b>156.700</b>	<b>166.060</b>	



## ProPotsdam GmbH

## Wirtschaftsplan 2014

## Erfolgsplan

	<b>IST 2012</b> <b>Tsd. Euro</b>	<b>Plan 2014</b> <b>Tsd. Euro</b>
<b>Erträge</b>		
aus Mieterlöse Wohnungen	65.463	68.670
aus Mieterlöse Gewerbe	4.697	4.920
Erlösschmälerungen	-3.066	-3.470
aus Hausbewirtschaftung (Umlagenerlöse und sonstige)	26.662	27.480
aus Leistungen im Unternehmensverbund	3.374	4.030
aus Beteiligungen	1.296	710
aus Grundstücksverkäufen	2.932	3.510
aus Auflösung von Rückstellungen	11.024	1.100
aus Zuschreibungen	15.562	500
aus Fördermitteln	3.094	2.490
aus sonstigen Erträgen	3.569	3.550
aus Zinsen	296	280
<b>Erträge gesamt</b>	<b>134.901</b>	<b>113.770</b>
<b>Aufwendungen</b>		
für Hausbewirtschaftung (Betriebskosten, Grundsteuern)	27.679	29.260
für Instandhaltung	11.033	10.000
für Modernisierung- und Instandsetzungsprogramme	5.642	11.780
für geförderte Baukosten	1.817	2.490
für Abschreibungen	15.505	17.130
für Personal	6.863	8.220
für sächliche Verwaltungskosten	4.590	4.500
für Leistungen im Unternehmensverbund	8.980	9.420
für sonstige Aufwendungen	2.874	1.670
für Beteiligungen	19	60
für Quartiersmanagement	680	700
für Zinsen	16.638	16.250
für Avalprovisionen an LHP und Land	35	20
für Einkommens- und Ertragsteuern	2.603	550
<b>Aufwendungen gesamt</b>	<b>104.960</b>	<b>112.050</b>
<b>Ergebnis</b>	<b>29.942</b>	<b>1.720</b>

**Wirtschaftsplan SWP 2014 (Ergebnisplan)**

(1)	(2)	Ist	Plan
		2012	2014
		T€	T€
(1)	(2)	(3)	(5)
1	<b>Sonstige betriebliche Erträge *)</b>	<b>8.868</b>	<b>11.270</b>
2	<b>Personalaufwand</b>	<b>-1.962</b>	<b>-2.702</b>
3	<b>Abschreibungen</b>	<b>-745</b>	<b>-993</b>
4	<b>Sonstiger betrieblicher Aufwand</b>	<b>-9.697</b>	<b>-9.486</b>
5	<b>Zinsertrag</b>	<b>223</b>	<b>96</b>
6	<b>Zinsaufwand</b>	<b>-1.090</b>	<b>-334</b>
7	<b>Erträge aus Beteiligungen</b>	<b>17.290</b>	<b>15.061</b>
	EWP	16.691	14.619
	STEP	590	397
	KFP	-7	21
	SBP	16	24
8	<b>Ergebnisabführung</b>	<b>-20.876</b>	<b>-23.385</b>
	ViP	-20.721	-22.320
	BLP *)	-155	-1.065
9	<b>Zuschüsse der LHP **)</b>	<b>11.975</b>	<b>12.185</b>
	für ViP	10.450	10.450
	für Bäder	1.525	1.735
10	<b>Steuern vom Einkommen und Ertrag</b>	<b>-2.943</b>	<b>-1.500</b>
11	<b>Jahresergebnis (= <math>\Sigma</math> (1-10))</b>	<b>1.043</b>	<b>212</b>

\*) ab 2013 inkl. Pachtgelt Bädervermögen

\*\*) Die Finanzierungsvereinbarung für die ViP läuft bis zum 31.12.2014. In der Planung wurde der Wert aus 2014 für die Folgejahre fortgeschrieben.

Der 2. Nachtrag zum Bäderfinanzierungsvertrag für 2013 - 2016 ist noch nicht abgeschlossen. Die Betriebskostenzuschüsse der LHP für die Bäderfinanzierung sind gemäß beschlossenenem Doppelhaushalt der LHP 2013/2014 berücksichtigt.

In der Planung wurde der Wert aus 2014 für die Folgejahre fortgeschrieben. Die Betriebskosten für das Freizeitbad sind im Gegensatz zu den Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) nicht berücksichtigt.

\*\*\*) Der Wert von 2016 wurde fortgeschrieben, da in der BLP die Planung für 2017 und 2018 wegen noch fehlender Grundlagen bezüglich des Betriebes des Sport- und Freizeitbades nicht dargestellt werden konnte



**Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH**

Wirtschaftsplan 2014

Stand November 2013

(Alle Werte in T€)

Anlage 1

	2014	
	GuV	Liquidität
<b>Betriebsergebnis</b>		
Gesamtleistung		
Umsatzerlöse	1.330	1.330
Sonstige betriebliche Erträge	235	235
Auflösung Sonderposten	502	
<b>Summe Gesamtleistung</b>	<b>2.067</b>	<b>1.565</b>
Gesamtkosten		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-457	-457
Personalkosten	-392	-392
Abschreibungen	-725	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-225	-225
<b>Summe Gesamtkosten</b>	<b>-1.798</b>	<b>-1.073</b>
<b>Summe Betriebsergebnis</b>	<b>269</b>	<b>492</b>
<b>Neutraler Aufwand</b>		
<b>Summe Neutraler Aufwand</b>	<b>-253</b>	<b>-253</b>
<b>Neutraler Ertrag</b>		
<b>Summe Neutraler Ertrag</b>	<b>0</b>	
<b>Steuern</b>		
<b>Summe Steuern</b>	<b>-1</b>	
<b>Überschuss/Verlust</b>	<b>14</b>	<b>238</b>
<b>Kredittilgung</b>		<b>-175</b>
<b>Überschuss/Verlust nach Kredittilgung</b>		<b>64</b>



## Niederschrift 56. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 19.03.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:30 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	R. 280 a, Stadthaus

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Hagen Wegewitz                      SPD

#### Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold                      DIE LINKE  
Herr Peter Kaminski                              DIE LINKE  
Herr Florian Engels                              SPD  
Herr Horst Heinzl                                CDU  
Herr Peter Schüler                                Bündnis 90/Die Grünen

#### zusätzliches Mitglied

Herr Peter Schultheiß                            Potsdamer Demokraten

#### sachkundige Einwohner

Herr Robert Wolff                                Bündnis 90/Die Grünen  
Frau Sabine Gräf                                 SPD  
Herr Ingo Korne                                 DIE LINKE  
Frau Hannelore Mehls                            Behindertenbeirat  
Herr Uwe Stab                                    SPD  
Herr Dr. Reinhard Stark                         Seniorenbeirat

#### Beigeordnete

Herr Burkhard Exner                            Bürgermeister, Beigeordneter GB 1

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller                                DIE LINKE                      entschuldigt  
Herr Stefan Becker                                FDP                                entschuldigt

**Schriftführer/in:**

Herr Mathias Jeske

**Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.02.2014 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam  
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 4.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und  
Golm  
Vorlage: 12/SVV/0664  
Fraktion SPD
  - 4.2 Ortspläne an Ortsteileingängen  
Vorlage: 13/SVV/0653  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  - 4.3 Straßenausbaubeitragssatzung überarbeiten  
Vorlage: 14/SVV/0035  
Fraktion SPD
  - 4.4 Zeitplan Haushalt 2015/2016  
Vorlage: 14/SVV/0196  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation, Fachbereich  
Finanzen und Berichtswesen
  - 4.5 Wirtschaftspläne 2014 der Unternehmen, an denen die LHP mit mehr als 50 %  
beteiligt ist  
Vorlage: 14/SVV/0154  
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

**Protokoll:****Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung  
und Gäste zur 56. Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

**zu 2      Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.02.2014 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung**

Herr Dr. Wegewitz stellt die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 Ausschussmitgliedern anwesend.

Herr Dr. Wegewitz fragt nach Einwänden zur Tagesordnung.

**Da keine Einwände gegen die Tagesordnung bestehen, wird diese einstimmig bestätigt.**

**Da auch keine Einwände gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 19.02.2014 bestehen, wird diese ebenfalls bestätigt.**

**zu 3      Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam  
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen**

Herr Exner berichtet, dass eine Prognose im Februar noch recht schwierig erscheint, die Steuereinnahmen sich aber im Plan befinden. Bei den Zuweisungen ergibt sich aus den aktuellen Mitteilungen vom Land ein klareres Bild mit ca. 800 Tsd. € Mindereinnahmen.

Herr Schultheiß fragt, ob diese Mindereinnahmen im Plan enthalten sind.

Herr Exner verneint dies.

Herr Dr. Wegewitz informiert, dass das Land seine Einnahmeprognose nach oben korrigiert hat und möchte wissen, ob die Stadt davon profitiert.

Herr Exner verweist auf den Tagesordnungspunkt 4.4, da er in diesem Tagesordnungspunkt darauf eingehen wird.

**zu 4      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1    Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und  
Golm  
Vorlage: 12/SVV/0664  
Fraktion SPD**

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Mitglieder der Bürgerinitiative und lässt über den Rederechtsantrag dieser abstimmen.

Dem Rederechtsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Herr Dr. Wegewitz ruft gleichzeitig die Mitteilungsvorlage (DS 14/SVV/0254) der Verwaltung auf, da dieser Bericht über die Prüfung zur 110-KV-Leitung in der Ortslage Golm informiert.

Frau Wersig und Frau Baer nehmen ihr Rederecht wahr:

*Sie stellen nochmals klar, dass es keine weitere Zeit mehr beim Stromtrassenbau gibt. In dieser Stadt werden finanzielle Entscheidungen nach persönlichen Interessen getroffen, gesundheitliche sowie technische Risiken werden nicht weiter beachtet. Hinzu kommt die landschaftliche Verunstaltung und optische Abwertung der Umgebung.*

*Die Kosten werden hier gestaffelt über 5 Jahre verteilt und andere Projekte werden um Millionen aufgestockt.*

*Die Verhandlungen sind jetzt und die E.DIS wird keine weiteren Eingeständnisse mehr machen.*

*Hier handelt es sich nicht um ein Luxusproblem, sondern um die Sicherheit und Gesundheit der zukünftigen Generationen.*

Herr Krause informiert über mögliche zusätzliche Einnahmen, welche zur Deckung dienen könnten. Durch das Umlegungsverfahren Nr. 5 werden bis zu 2 Mio. € regeneriert, zudem befindet sich im Raum Golm Bauerwartungsland in städtischem Eigentum, welches gewinnbringend veräußert werden kann.

Herr Kümmel (Bereich 921 – Büro des Oberbürgermeisters) informiert aus dem letzten Hauptausschuss am 26.02.2014 und aus der Mitteilungsvorlage 14/SVV/0254.

Herr Exner informiert anhand einer Präsentation über den Investitionshaushalt und die Kreditverpflichtungen der Landeshauptstadt Potsdam sowie die kommunalrechtlichen Auflagen, wonach keine weiteren Kreditaufnahmen mehr möglich sind.

Herr Schultheiß fragt nach Pflichten des Trassenerneuerers und nach Gesetzen, die diese Trassen durch Ortschaften verbieten könnten. Zudem halten kommunale Unternehmen 33 % der Aktien an der E.DIS. Er fragt wie viele Aktienanteil Potsdam davon hält und wer im Aufsichtsrat sitzt.

Herr Schultheiß fragt auch nach einer Kostenübernahme durch die EWP GmbH.

Herr Heinzl stimmt einerseits dem Kämmerer zu, da keine Gelder verfügbar sind und andererseits stimmt er für den Bürger. Hier sei genug geredet, die E.DIS ändert ihre Meinung nicht mehr, daher müssen jetzt Entscheidungen her.

Herr Heinzl bringt folgenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein:

*„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Übernahme der Mehrkosten für die unterirdische Leitungsverlegung der 110-KV-Leitung in der Ortslage Golm, dargestellt im Punkt eins und unter Berücksichtigung des Punktes 3 aus der Vorlage 14/SVV/0254, in einer Verwaltungsvorlage in der Aprilsitzung der SVV zum sofortigen Beschluss vorzulegen.*

*Die im Punkt 1 aufgezeigte Möglichkeit einer Ratenzahlung von 2015 bis 2019 ist in den jeweiligen Haushalt der Landeshauptstadt mit aufzunehmen. Angesichts der zeitlichen Abläufe ist diese Dringlichkeit geboten. Gleichzeitig wird damit E.DIS signalisiert, das eine unterirdische Verlegung der Trasse im Bereich Golm sofort in die Planungen mit einzubeziehen ist.*

*Das schließt nicht aus, dass die Verhandlungen mit dem Schwerpunkt Bundesnetzagentur zwingend aufgenommen bzw. weiter geführt werden. Ziel dabei ist die Rückzahlung der dann von der Stadt übernommenen Mehrkosten.“*

Herr Heinzl betont, dass überall Gefahrenzonen beseitigt werden, bspw. durch Zebrastreifen und Ampeln, um die Gesundheit zu schützen und nachhaltig zu handeln, warum das nicht auch für Golm gelte.

Auch Herr Schüler betont, dass hier jetzt gehandelt werden muss und Entscheidungen folgen müssen. Er stellt die Frage: „Ist uns das städtisches Geld wert? Die Grünen sagen JA!“

Er fragt, warum es sich hier um Investitionen handelt, da ja keine Investitionsmehrung stattfindet.

Herr Exner berichtet aus dem § 47 der KomHKV.

Herr Engels vermutet, dass wohl alle die Erdverkabelung wollen und fragt nach der Kostenübernahmebereitschaft der Bürger.

Herr Schultheiß fragt, ob die MEWAG verschenkt wurde oder ob Vermögen in die E.DIS AG eingebracht wurde.

Herr Exner berichtet über die Gesellschaft kommunaler E.ON edis-Aktionäre mbH welche 33 % der Aktien an der E.DIS hält und Potsdam mit einem Anteil von 1,74 % an dieser GmbH beteiligt ist, jedoch keinen Sitz im Aufsichtsrat inne hat.

Frau Gräf findet das Anliegen der BI für richtig und wichtig, aber der Ausschuss für Finanzen könne nur über ein Gesamtpaket abstimmen und das liegt hier nicht vor.

Herr Wolff fragt, ob dieses Vorhaben gestemmt werden könne, da es investiv ist.

Herr Exner informiert nochmal über die Auflagen der Kommunalaufsicht.

Herr Heinzl meint, wenn man will, kann man auch.

Herr Kaminski kann nicht verstehen, dass noch im Jahr 2014 bewusst auf die Gesundheit der Bürger nicht eingegangen wird. Man muss hier handeln und das „wie“ muss geklärt werden, wenn es sein muss auch in Diskussion mit der Kommunalaufsicht.

Herr Dr. Wegewitz merkt an, dass, wenn es sich hier um nachweisbare Gefahren für die Bürger gehen würde, der Bund einschreiten und hätte Gesetze erlassen müsste. Es besteht keine nachvollziehbare Gefahr und es sollten daher keine öffentlichen Gelder ausgegeben werden.

Er stellt sodann den Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor:

*„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ergebnisse der Einwohnerversammlung Golm vom 29.08.2013 zielgerichtet umzusetzen und mit dem Leitungsnetzbetreiber E.DIS kurzfristig Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen,*

- Die Verlegung der 110-KV-Leitung aus der Ortslage Golm heraus im Rahmen eines Vertrages zu regeln,*
- Die Mehrkosten für eine alternative Trassierung der 110-KV-Leitung als*

*Erdverkabelung im Rahmen einer Entwurfsplanung konkretisieren zu lassen und*

- *Eine abgemessene Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an den Mehrkosten als ratierliche Kostenerstattung von mindestens 5 Jahren zu verhandeln.*

*Für die kurzfristige Absicherung erster planerischer Schritte zur Konkretisierung der Erdkabeltrasse (Leitungsführung, Kosten etc.) werden aus dem Produktkonto 5110300.5431569 Mittel i. H. v. 50.000 € zur Verfügung gestellt.“*

Herr Dr. Stark bringt die Idee ein, die Mittel über Spenden zusammenzutragen, da sie gegenwärtig im städtischen Haushalt nicht eingestellt sind.

Herr Exner bringt einen Ergänzungsvorschlag ein:

„Die Einleitung weiterer kostenauslösender Untersuchungen und Planungen steht unter den Bedingungen, dass

- a) Vereinbarungen mit allen Eigentümern derjenigen Grundstücke, die infolge der Beseitigung der Freileitung einen Wertzuwachs ihrer Grundstücke erhalten, geschlossen werden. In diesen Vereinbarungen haben sich alle Eigentümer zur Zahlung eines Ausgleichs des Wertzuwachses zu verpflichten. Zuvor sind die Wertzuwächse sachverständig zu ermitteln.
- b) Die Zahlung des Ausgleiches binnen der zu vereinbarenden Fälligkeitszeitpunkte auf dem Konto der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt ist.
- c) Die Kosten für die Vorplanung gesichert sind.

Die alternative Verlegung mittels Erdkabel steht unter den Bedingungen, dass

- a) Alle diejenigen Eigentümer, auf deren Grundstücken die künftige Verlegung des Erdkabels erfolgen soll, zuvor dieser Verlegung schriftlich zugestimmt haben.
- b) Im Übrigen die Finanzierung gesichert ist.“

Nach kurzer Diskussion zieht Herr Exner den Änderungsantrag zurück, um ihn bis zum Hauptausschuss umzuformulieren.

Kritisiert wurde, dass der Änderungsantrag keine Härtefallregelung besitze und zu sehr vom einzelnen Grundstücksbesitzer ab hänge bzw. vom Einzelnen gestoppt werden könne.

Herr Dr. Wegewitz verbindet die Änderungsanträge der SPD und CDU und stellt diese zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss möge beschließen:

- ~~1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der EonEdis kurzfristig Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, — Möglichkeiten zu erörtern, im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages die Verlegung der 110 kV-Leitung aus den Ortslagen Marquardt und Golm heraus zu regeln; — etwaige Mehrkosten für eine alternative Trassierung der 110 kV-Leitung gegenüber einem Ersatzneubau im bisherigen Trassenkorridor zu konkretisieren und — eine Kostenbeteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an etwaigen Mehrkosten zu verhandeln, soweit eine Kostenbeteiligung~~

~~Voraussetzung und Folge des angestrebten städtebaulichen Vertrages sein sollte, und soweit eine anderweitige Umlage etwaiger Mehrkosten rechtlich und tatsächlich nicht möglich ist.~~

- ~~2. Vor einer endgültigen Entscheidung sollen Alternative Trassen, insbesondere im Hinblick auf deren kostenmäßigen Auswirkungen, sachverständig untersucht werden. Die Trassierungsalternativen sind mit den örtlichen Bürgerinitiativen im Vorfeld einer möglichen Befassung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.~~
- ~~3. Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im November ein Sachstandsbericht zu erstatten, sollte der Hauptausschuss diesen Auftrag an den Oberbürgermeister erteilen.~~

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ergebnisse der Einwohnerversammlung Golm vom 29.08.2013 zielgerichtet umzusetzen und mit dem Leitungsnetzbetreiber E.DIS kurzfristig Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen,**

- **Die Verlegung der 110-KV-Leitung aus der Ortslage Golm heraus im Rahmen eines Vertrages zu regeln,**
- **Die Mehrkosten für eine alternative Trassierung der 110-KV-Leitung als Erdverkabelung im Rahmen einer Entwurfsplanung konkretisieren zu lassen und**
- **Eine abgemessene Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an den Mehrkosten als rätierliche Kostenerstattung von mindestens 5 Jahren zu verhandeln.**

**Für die kurzfristige Absicherung erster planerischer Schritte zur Konkretisierung der Erdkabeltrasse (Leitungsführung, Kosten etc.) werden aus dem Produktkonto 5110300.5431569 Mittel i. H. v. 50.000 € zur Verfügung gestellt.**

**Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Übernahme der Mehrkosten für die unterirdische Leitungsverlegung der 110-KV-Leitung in der Ortslage Golm, dargestellt im Punkt eins und unter Berücksichtigung des Punktes 3 aus der Vorlage 14/SVV/0254, in einer Verwaltungsvorlage in der Aprilsitzung der SVV zum sofortigen Beschluss vorzulegen.**

**Die im Punkt 1 aufgezeigte Möglichkeit einer Ratenzahlung von 2015 bis 2019 ist in den jeweiligen Haushalt der Landeshauptstadt mit aufzunehmen. Angesichts der zeitlichen Abläufe ist diese Dringlichkeit geboten. Gleichzeitig wird damit E.DIS signalisiert, dass eine unterirdische Verlegung der Trasse im Bereich Golm sofort in die Planungen mit einzubeziehen ist.**

**Das schließt nicht aus, dass die Verhandlungen mit dem Schwerpunkt Bundesnetzagentur zwingend aufgenommen bzw. weiter geführt werden. Ziel dabei ist die Rückzahlung der dann von der Stadt übernommenen Mehrkosten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

#### **zu 4.2 Ortspläne an Ortsteileingängen**



**Vorlage: 13/SVV/0653**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt.

**zu 4.3 Straßenausbaubeitragssatzung überarbeiten**

**Vorlage: 14/SVV/0035**

Fraktion SPD

Tagesordnungspunkt wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

**zu 4.4 Zeitplan Haushalt 2015/2016**

**Vorlage: 14/SVV/0196**

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner stellt die Mitteilungsvorlage vor.

Herrn Wolff fehlt die enge Verzahnung mit Bürgerhaushalt.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist eine prosperierende und wachsende Stadt. Die Bevölkerungsprognose der LHP geht davon aus, dass im Jahr 2030 voraussichtlich mehr als 178.000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt leben werden. Der Zuwachs von Kindern und Jugendlichen wird dabei besonders stark sein. Es werden erhebliche Investitionen in den Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur erforderlich sein. Die aktuellen Entwürfe der Schulentwicklungsplanung bzw. des Verkehrsentwicklungskonzeptes spiegeln diese Entwicklung bereits deutlich wieder und machen die enormen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt deutlich.

Die LHP beabsichtigt – beginnend ab 2014 - einen Strategischen Steuerungsprozess zu implementieren, um sich auf die Herausforderungen dieser Entwicklung einzustellen. Der diesbezügliche Beschluss zur Integration des Strategischen Steuerungsprozesses und Leitbildentwicklung wurde in die Stadtverordnetenversammlung am 05.12.2013 unter der DS 13/SVV/0660 gefasst.

Das Haushaltsaufstellungsverfahren 2015/2016 wird bereits erste strategische Ansätze enthalten, um den Planungsprozess entsprechend ausrichten zu können. So werden u.a. die für den Haushalt 2013/2014 formulierten Handlungsschwerpunkte (DS 12/SVV/0732) im Rahmen der Planung 2015/2016 zu qualifizieren und fortzuschreiben sein. Zu Beginn des Planungsprozesses 2015/2016 wird die Verwaltungsspitze wichtige Grundsatzentscheidungen erörtern und somit Vorgaben für die weitere Planung der Geschäfts- und Fachbereiche entwickeln. Die Meilensteine des Haushaltsaufstellungsverfahrens und des Bürgerhaushaltsverfahrens sind der beigefügten Anlage 1 zu entnehmen. Die gültige mittelfristige Planung 2015 bis 2017 (Anlage 2) wird derzeit unter den gegebenen Rahmenbedingungen verifiziert. Die allgemeinen Finanzierungsmittel werden dabei sorgfältig geschätzt, da die notwendigen

Orientierungsdaten vom Land noch nicht vorliegen.

Auf Basis dieser Entscheidungen kann der Stadtverordnetenversammlung im April 2014 ein Bericht zu den finanziellen Rahmenbedingungen für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 sowie für die mittelfristige Planung bis 2019 vorgelegt werden. Über wesentliche Zwischenstationen des Haushaltsaufstellungsverfahrens wird im Hauptausschuss bzw. Ausschuss für Finanzen berichtet.

**zu 4.5 Wirtschaftspläne 2014 der Unternehmen, an denen die LHP mit mehr als 50 % beteiligt ist**

**Vorlage: 14/SVV/0154**

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese kurz.

Auf Grund der aktuellen Tarifverhandlungen möchte Herr Kaminski wissen, ob die erwarteten Mehraufwendungen vom HÖT gedeckt werden können bzw. möchte, dass die Mittelbereitstellung diesbezüglich geprüft wird.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Wurde eine Haushaltssatzung für zwei Jahre beschlossen, sind gemäß § 11 Abs. 3 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) Wirtschaftspläne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die LHP mit mehr als 50 % beteiligt ist, zu Beginn des zweiten Haushaltsjahres der Gemeindevertretung und der Kommunalaufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Wirtschaftspläne 2014 folgender Unternehmen sind dieser Vorlage beigefügt:

- Hans Otto Theater GmbH
- Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH Potsdam
- KUBUS gGmbH
- Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam gGmbH
- ProPotsdam GmbH
- Stadtwerke Potsdam GmbH
- Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH

Die LHP hat für die Haushaltsjahre 2013 / 2014 erstmals einen Doppelhaushalt aufgestellt. Mit Aufstellung des Haushaltes wurden gleichzeitig die Wirtschaftspläne 2013 als Anlage erstellt und ausgereicht. Da für 2014 kein separates Haushaltsaufstellungsverfahren durchgeführt wird, werden die Wirtschaftspläne 2014 der SVV in Form einer Mitteilungsvorlage zur Kenntnis gegeben.